

1 **Die Abteilungsversammlung der SPD Alt-Pankow hat beschlossen.**
2 **(Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Pankow möge beschließen)**
3 **Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:**

4

5 **Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit: Einkommen erhöhen und**
6 **Berlinerinnen und Berliner entlasten**

7 Unser Berlin entwickelt sich dank sozialdemokratischer Politik zur führenden, lebens-
8 und lebenswerten Metropole. Jede andere Gesamtanalyse erscheint durch die tat-
9 sächliche Entscheidung zehntausender Menschen pro Jahr, in unsere Stadt ziehen
10 und hier leben zu wollen, als zweifelhafte Stimmungsmache. Dieser Prozess birgt je-
11 doch zugleich Widersprüche und Ungleichheiten. Berlin ist zum Beispiel sowohl Stadt
12 der Start-ups, Mieterinnen- und Mieterstadt, aber auch Stadt der Deindustrialisierung
13 und der Transfergeldempfängerinnen und -empfänger. Insbesondere der Bereich der
14 Mieten- und Wohnungsmarktpolitik verdeutlicht Knappheit, Verdrängung und kritische
15 Belastung des verfügbaren Familieneinkommens.

16 Obwohl das real verfügbare Einkommen der Berlinerinnen und Berliner nach den un-
17 abweisbaren Lebenshaltungskosten, wie zum Beispiel den Mietausgaben sinkt, steht
18 Deutschland weltweit in einer Spitzenposition wirtschaftlich gut da. Zugleich findet
19 nach wie vor eine schleichende Umverteilung von „unten nach oben“ statt. Das ist un-
20 vernünftig und ungerecht.

21 Um die Relation zwischen verfügbarem Familieneinkommen und dessen Belastung,
22 zum Beispiel durch Mieten zu verbessern, ist neben den mietenpolitischen Instrumen-
23 ten, an deren Ausweitung wir weiterhin festhalten, zugleich die Einkommenssituation
24 zu verbessern. Noch immer bleibt den Berlinerinnen und Berlinern zu wenig in Ihrem
25 Portemonnaie übrig. Wir müssen die Menschen, durch politische Vorgaben, besser-
26 stellen, zumal sich Berlin durch unsere Politik gut entwickelt hat. Seit Jahren erwirt-
27 schaften wir hohe Haushaltsüberschüsse, zuletzt in Höhe von weit über zwei Milliarden
28 Euro im Jahr. Von diesem Kurswechsel wird Berlin durch verstärkten Binnenkonsum
29 und Steuermehreinnahmen erneut profitieren.

30 Die Berliner SPD braucht auch nicht zögerlich vor den erwartbaren reflexartigen Be-
31 denken zurückzuschrecken. Auch unsere seinerzeitige Entscheidung, die ehemalige
32 Berliner Immobilien Holding (BIH) mit ihren über 40.000 Wohneinheiten nicht zu ver-
33 äußern, damals ein strategischer Wechsel, erweist sich heute als richtige und wesent-
34 liche Richtungsänderung. Die strategische Richtungsänderung und Ausrichtung auf
35 Rekommunalisierung hat nicht etwa zum sozialistischen Zusammenbruch geführt; viel-
36 mehr stehen zum Beispiel die Berliner Wasserbetriebe wirtschaftlich gut da und konn-
37 ten zugleich die Wasser- und Abwasserpreise für die Berlinerinnen und Berliner ge-
38 senkt werden. Die Einführung des Mindestlohnes im Vergabe- und Landesmindest-
39 lohngesetz hat der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins so wenig geschadet, wie die
40 City-Tax dem Tourismus- und Hotelgewerbe oder die Erhöhung der

41 Grunderwerbssteuer der Bauindustrie, obwohl die jeweiligen Lobbyisten stets zuvor
42 den Untergang des Sektors herbeiredeten. Die dadurch geschaffenen Spielräume
43 konnten allerdings zur deutlichen Entlastung der Berliner Familien genutzt werden,
44 zum Beispiel bei der kostenfreien Bildung von der Kita bis zur Uni; heute bundesweite
45 SPD-Politik. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass bei den Menschen selbst mehr Geld
46 am Ende des Monats übrig bleibt und ihnen gleichzeitig die Sorgen vor Altersarmut
47 und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen nehmen.

48 **Mit diesem Strategiewechsel verfolgen wir folgende politische Ziele:**

- 49 **1. die Berliner Bevölkerung soll vom Wirtschaftswachstum effektiv profitieren**
- 50
- 51 **2. Anerkennung für geleistete Arbeit und solidarischen Verzicht der Berlinerinnen und Berliner in der Vergangenheit**
- 52
- 53 **3. eine gute und funktionsfähige Verwaltung durch bessere Personalgewinnung**
- 54

55

56 **10 Instrumente für höhere Einkommen, finanzielle Entlastung und damit echte**
57 **Gerechtigkeit:**

- 58 *1. Angleichung des Mindestlohns auf ein altersarmutsfestes Niveau, damit man*
59 *auch im Alter von seiner eigenen Leistung leben kann, z.B. Landesmindestlohn-*
60 *gesetz, Vergabegesetz*

61

62 Diese gesetzgeberische Intervention ist wegen des Lohnabstandsgebotes der
63 wichtigste Ausgangspunkt zur Gesamtverbesserung der Einkommenssituation
64 der Berlinerinnen und Berliner und zugleich der Aspekt, der den Landeshaus-
65 halt am wenigsten belastet. Dabei kommt dem Berliner Vergabegesetz neben
66 dem Landesmindestlohngesetz eine wichtige volkswirtschaftliche Steuerungs-
67 grösse zu, da das Volumen unserer öffentlichen Vergaben mit mehreren Milliar-
68 den Euro im Jahr eine hohe Relevanz hat, zumal auf unser strategisches Be-
69 treiben hin die Investitionsquote Berlins deutlich gestiegen ist, wie nicht zuletzt
70 auch die erfolgreiche Schulbau- und Sanierungsoffensive zeigen. Wir wollen
71 auch nicht auf dem von den Grünen vorgeschlagenen Niveau eines Stunden-
72 lohnes in Höhe von 10,50 Euro stehen bleiben, sondern streben einen altersar-
73 mutsfesten Mindestlohn an. Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeri-
74 ums ist derzeit bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45
75 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg ein Stundenlohn von
76 12,63 Euro erforderlich, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu errei-
77 chen. Dieser Mindestlohn wird in Berlin von Gesetzes wegen eingeführt.

78

- 79 *2. Anpassung der Einkommen für den öffentlichen Dienst an das Bundesniveau*
80 *für die Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin und*
81 *der Bezirke*

82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124

Berlin ist seinen Beschäftigten zu großem Dank verpflichtet. Sie haben mit dem Solidarpakt einen Verzicht geleistet, um die nahezu ausweglose haushalts- und finanzpolitische Situation nach der Überwindung der Teilung der Stadt und nach dem einhergehenden Wegfall der besonderen Förderung Berlins überwinden zu helfen. Berlin spürt den bundesweiten Personalmangel in nahezu jedem Bereich. Wir stehen dabei in Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern und dem Arbeitgeber Bund. Dabei ist das Konkurrenzverhältnis durch die Konzentration von Bundesbehörden und der öffentlichen Arbeitgeber hier bundesweit einmalig und das Land Berlin in einem erheblichen Wettbewerbsnachteil, da hier eine Abwerbung von Beschäftigten einfach stattfindet. Die Bundesbehörden zahlen regelmäßig ein deutlich höheres Grundentgelt und zudem erhebliche Ministerial- und andere Behördenzuschläge. Dieser Attraktivitätsvorsprung ist ein Hemmnis für eine funktionierende Landesverwaltung. Zu dem politischen Ziel, das verfügbare Einkommen der Berlinerinnen und Berliner zu erhöhen, tritt hier ein wesentlicher Teilaspekt der Fachkräftegewinnung. Wir treten in allen öffentlichen Sektoren gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst an die Entgelte des Bundes noch in dieser Legislaturperiode ein.

3. *strukturelle Verbesserung bei der Eingruppierung unserer Beschäftigten, z.B. Veränderung einfacher und mittlerer Dienst, insbesondere bei der Feuerwehr, Höhergruppierung insbesondere von Kita- und Pflegekräften und pädagogischem Personal, Vereinheitlichung des Besoldungs- und Entgeltsystems und -niveaus innerhalb Berlins (Bezirke, Land)*

Wir nehmen besonders die unteren Besoldungs- und Tarifgruppen in den Blick. Der Senat wird in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen dem Abgeordnetenhaus ein Konzept zur Beschlussfassung vorlegen, dass durch Eingruppierungs- und Umgruppierungsvorschläge zu strukturellen Verbesserungen in diesem Sektor führt. Dabei ist zum Beispiel bei der Feuerwehr ein analoger Weg, wie bei der Polizei zu verfolgen und das Lohnabstandgebot zum Mindestlohn zu beachten. In den Bereichen Kita und Pflege und bei sonstigem pädagogischen Personal sind deutliche Höhergruppierungen zu erreichen. Wir treten in allen öffentlichen Sektoren gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst zwischen Land und Bezirken noch in dieser Legislaturperiode ein.

4. *vollständige Tarifbindung aller Landesunternehmen, Beteiligungen, inklusive aller Konzerntöchter und durch Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge verbundenen Unternehmen und zwar nach den oben genannten Maßstäben*

125 Wir beenden den inakzeptablen Zustand tarifloser Beschäftigung in von uns
126 maßgeblich beeinflussten Unternehmen. Kein landeseigenes Mutter- oder
127 Tochterunternehmen und kein maßgeblich beeinflusstes Unternehmen be-
128 schäftigt zukünftig Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ohne Tarifbindung. Wir
129 werden in diesen Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform gemeinsam
130 mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen noch in dieser Legisla-
131 turperiode eine Tarifbindung auf dem jeweils vergleichbaren Bundesniveau er-
132 reichen; grundsätzlicher Maßstab ist der TVöD.

133

134 5. *keine weiteren Auslagerungen öffentlicher Aufgaben, weder mit dem Ziel noch*
135 *mit der Folge schlechterer Bezahlung*

136

137 Der Weg der Auslagerung öffentlicher Kernaufgaben ist ein Irrweg und beendet.
138 Auch das gesellschafts- und handelsrechtlich zulässige Auslagern in Töchter-
139 unternehmen oder zu Dienstleistern ist zukünftig zu unterbinden und zwar be-
140 reits dann, wenn die Maßnahme zwar nicht das Ziel, aber die Folge von unglei-
141 cher Bezahlung hat.

142

143 6. *Gleichbezahlung von Frau und Mann*

144

145 Für uns ist die gleiche Vergütung gleicher Tätigkeiten von Frau und Mann eine
146 Selbstverständlichkeit und trotzdem keine gesellschaftliche Realität. In allen
147 Bereichen, öffentlicher oder privater Natur, unmittelbar oder mittelbar Beschäf-
148 tigtter, Auftragnehmer und Zugeschlagenen in öffentlichen oder solchen Verga-
149 ben oder Dienstleistungen, auf die Berlin zumindest maßgeblichen Einfluss aus-
150 übt, werden wir diese Selbstverständlichkeit durchsetzen.

151

152 7. *konsequente Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen*

153

154 Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen sehen wir generell kritisch. Ins-
155 besondere erkennen wir einen bundesgesetzlichen Wertungswiderspruch zwi-
156 schen der gesetzlichen Probezeit und deren faktischer Ausdehnung durch be-
157 fristete Beschäftigung. Wir setzen in Berlin generell unbefristete Beschäfti-
158 gungsverhältnisse durch. Sachgrundlose Befristungen werden vollständig aus-
159 geschlossen. In allen Bereichen, öffentlicher oder privater Natur, unmittelbar o-
160 der mittelbar Beschäftigter, Auftragnehmer und Zugeschlagenen in öffentlichen
161 oder solchen Vergaben oder Dienstleistungen, auf die Berlin zumindest maß-
162 geblichen Einfluss ausübt, werden wir diese politische Vorgabe durchsetzen.

163

164 8. *konsequente Fortsetzung des Weges gebührenfreier Bildung und gleichwertiger*
165 *Mobilität mit dem ÖPNV in allen Kiezen unserer Stadt sowie Prüfung sons-*
166 *tiger Entlastungsmöglichkeiten der Berlinerinnen und Berliner*

167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206

Die Berliner SPD hat als erste die strategische Entscheidung zu einer vollständigen Gebührenfreiheit bei der Bildung getroffen und umgesetzt. Seit August ist der Kitabesuch vollständig gebührenfrei. Der Besuch des Hortes wird für die Klassenstufen 1 und 2 ab 2019 gebührenfrei sein und ohne Bedarfsprüfung ermöglicht. Wir haben zudem für alle Grundschulen die Lernmittelfreiheit eingeführt. Diesen Weg der erheblichen Entlastung von Familien gehen wir konsequent weiter zu einer vollständig kostenfreien Bildung und werden die Hortgebühren der übrigen Klassenstufen ebenso abschaffen, wie den Elternbeitrag beim Kita- und Schulesen. Als weiteren wichtigen Aspekt einer Entlastung der Berlinerinnen und Berliner sehen wir die begonnenen Vergünstigungen im Tarifgefüge des ÖPNV an. Da diese Politik zugleich geeignet erscheint, einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrswende zu einem stadtverträglichen Verkehr zu leisten und die Umwelt und unsere Luft zu schützen, werden wir diesen Weg konsequent fortsetzen und insbesondere Familien und einkommensschwache Berlinerinnen und Berliner unterstützen.

9. *Abschaffung der Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf Mieterinnen und Mieter (Bundesrecht)*

Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieten führt zu einer erheblichen Einkommensbelastung. Wir finden es in Ansehung der erheblichen Renditen und Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht, diese Umlagefähigkeit abzuschaffen. Wir fordern unsere Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, entsprechende Initiativen zu ergreifen und fortzusetzen.

10. *Anpassung der Sozialtransfers im Bereich des Landes (z.B. Mietzuschüsse) und des Bundes (z.B. „Hartz IV“)*

Der Berliner Senat legt dem Abgeordnetenhaus die Sozialtransfers betreffend ein Konzept zur Beschlussfassung vor, dass an die realen Preisentwicklungen angepasst ist. Wir fordern unsere Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, entsprechende Initiativen zu ergreifen und fortzusetzen.

Die SPD-Mitglieder im Senat, Berliner Abgeordnetenhaus, Deutschen Bundestag, in den Bezirksämtern und Bezirksverordnetenversammlungen werden aufgefordert, diese politischen Vorgaben durch gesetzliche Regelungen um- und durch Gesellschaftsrechtswesen und Anpassungen in den jeweiligen Zielbildern und Vereinbarungen sowie entsprechende Beschlüsse durchzusetzen. Hierzu ist dem Parteitag spätestens im Herbst 2019 und fortlaufend zu berichten.